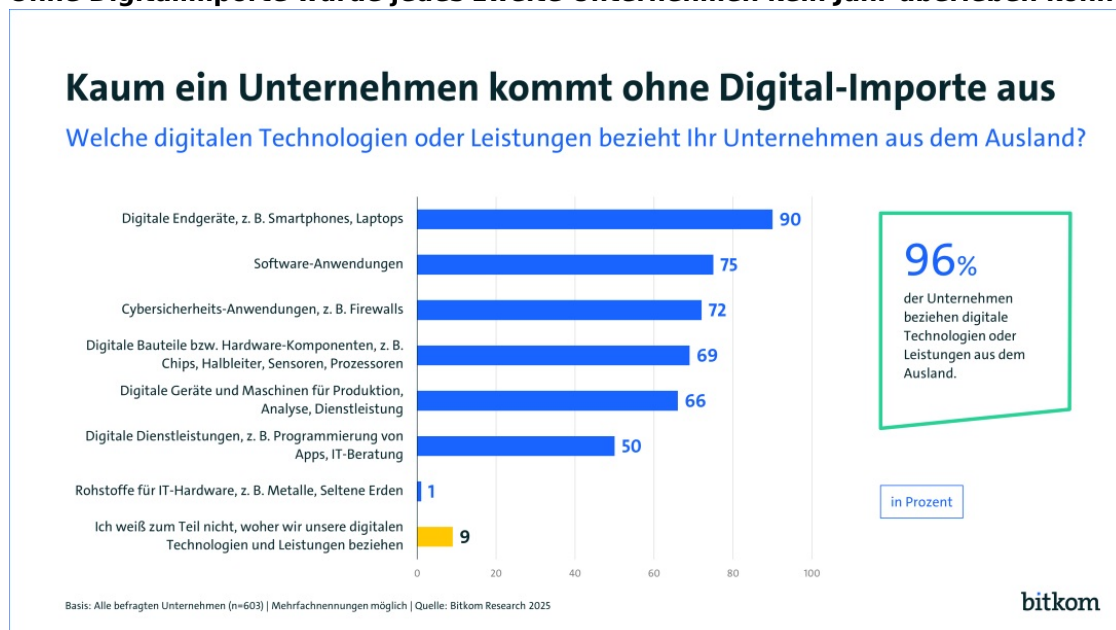


Deutschlands digitale Abhängigkeit steigt

- **90 Prozent der Unternehmen sind vom Import digitaler Technologien und Services aus anderen Ländern abhängig, insbesondere aus den USA und China**
- **Die Hälfte passt wegen Donald Trump Geschäftsstrategie und Lieferketten an**
- **Bitkom-Präsident Wintergerst: „Neue Bundesregierung muss digitale Souveränität zum Top-Thema machen“**

Berlin, 15. Januar 2025 – Die bevorstehende Präsidentschaft von Donald Trump in den USA beunruhigt die deutsche Wirtschaft und könnte zur Herausforderung für die Digitalisierung werden: 81 Prozent der Unternehmen sehen sich abhängig vom Import digitaler Technologien und Leistungen aus den USA, 40 Prozent „eher abhängig“ und 41 Prozent „stark abhängig“. Insgesamt 87 Prozent importieren digitale Geräte und Services aus den Vereinigten Staaten, 60 Prozent exportieren digitale Güter und Dienstleistungen dorthin. Jeweils die Hälfte der Unternehmen sieht sich gezwungen, durch den Wahlsieg Donald Trumps ihre Geschäftsstrategie anzupassen (56 Prozent) bzw. voraussichtlich ihre Lieferketten zu ändern (50 Prozent). 95 Prozent und damit praktisch alle Unternehmen fordern, Deutschland müsse sich unabhängiger von den USA machen. Das sind die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung unter mehr als 600 Unternehmen aller Branchen in Deutschland ab 20 Mitarbeitenden, die im Auftrag des Digitalverbands Bitkom durchgeführt wurde. Vor der Amtsübernahme der Regierung Trump in Washington blickt die deutsche Wirtschaft damit ähnlich kritisch in die USA wie nach China: 79 Prozent sehen sich abhängig vom Import digitaler Technologien und Leistungen von dort, 35 Prozent „eher abhängig“ und 44 Prozent „stark abhängig“. Zwei Drittel (68 Prozent) zeigen sich über die politische Dominanz Chinas besorgt. Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst: „Donald Trump wird am Montag erneut Präsident der Vereinigten Staaten. Das ist eine Herausforderung für Deutschland und Europa. Zwar werden die USA einer unserer wichtigsten Partner bleiben, dennoch müssen wir uns ab sofort stärker, resilienter und chancenorientierter aufstellen und technologisch wie wirtschaftlich unabhängiger werden. Die neue Bundesregierung muss die Wirtschaft wieder in den Mittelpunkt der Politik stellen und digitale Souveränität zum Top-Thema machen.“

Ohne Digitalimporte würde jedes zweite Unternehmen kein Jahr überleben können



Insgesamt kommt kaum ein Unternehmen in Deutschland ohne den Import digitaler Technologien und Leistungen aus (96 Prozent). Ganz oben auf der Einkaufsliste stehen Endgeräte wie

Smartphones oder Laptops, die 90 Prozent der Unternehmen importieren. Drei Viertel (75 Prozent) beziehen Software-Anwendungen und 72 Prozent Cybersicherheits-Anwendungen wie beispielsweise Firewalls aus dem Ausland. Digitale Bauteile bzw. Hardware-Komponenten wie z.B. Chips, Halbleiter oder Sensoren importieren 69 Prozent, bei digitalen Geräten und Maschinen etwa für die Produktion sind es 66 Prozent. Die Hälfte der deutschen Unternehmen (50 Prozent) bezieht digitale Dienstleistungen wie etwa die Programmierung von Apps oder die IT-Beratung von außerhalb Deutschlands. In rund jedem zehnten Unternehmen (9 Prozent) wissen die Verantwortlichen teilweise jedoch nicht, ob und welche Technologien ihr Unternehmen aus dem Ausland bezieht. Insgesamt sehen sich 90 Prozent der Unternehmen, die digitale Technologien oder Leistungen aus dem Ausland beziehen, hiervon abhängig.

Unter den Unternehmen, die digitale Technologien oder Leistungen aus dem Ausland importieren, ist die große Mehrheit nur kurzzeitig überlebensfähig, sollten die Importe gestoppt werden. 17 Prozent wären nur bis zu sechs Monate überlebensfähig, 36 Prozent für sieben bis zwölf Monate. Etwas mehr als ein Drittel (39 Prozent) könnte 13 bis 24 Monate überleben. Länger als zwei Jahre könnten nur 3 Prozent der Unternehmen ohne Digitalimporte durchhalten. „Digital souverän ist ein Land, das eigene substanzielle Fähigkeiten in digitalen Schlüsseltechnologien besitzt und selbstbestimmt darüber entscheiden kann, aus welchen Ländern es digitale Technologien bezieht. Die deutsche Wirtschaft braucht starke, vertrauenswürdige Partner für die digitale Transformation. Gleichzeitig müssen wir digital unabhängiger werden, um nicht erpressbar zu sein“, betont Ralf Wintergerst. Bei Schlüsseltechnologien ist die Abhängigkeit derzeit besonders groß. So sehen 83 Prozent Deutschland stark bzw. eher abhängig von Halbleiter-Importen, 69 Prozent bei Komponenten für das Internet of Things sowie 67 Prozent bei Künstlicher Intelligenz.

EU, USA und China sind wichtigste Herkunftsländer



Die wichtigsten Herkunftsländer und -regionen für Digitalimporte sind die EU, die Vereinigten Staaten und China. Aus der EU und den USA beziehen jeweils 87 Prozent der Unternehmen digitale Technologien oder Services. Jeweils 59 Prozent importieren von dort sogar häufig digitale Technologien oder Services, jeweils 28 Prozent in Einzelfällen. China folgt als Bezugsland auf Rang drei, 78 Prozent der Unternehmen importieren von dort digitale Technologien oder Services (häufig: 58 Prozent, in Einzelfällen: 20 Prozent). Mit weitem Abstand folgen Taiwan und Japan mit 41 bzw. 36 Prozent (Taiwan 17 Prozent häufig, 24 Prozent in Einzelfällen; Japan 7 Prozent häufig, 29 Prozent in Einzelfällen). Das Vereinigte Königreich (UK) liegt mit 34 Prozent knapp dahinter (häufig: 7 Prozent, in Einzelfällen: 27 Prozent). An Bedeutung gewinnt Indien, von wo inzwischen 20 Prozent der Unternehmen digitale Technologien oder Services beziehen (häufig: 5 Prozent, in Einzelfällen: 15 Prozent). Südkorea (häufig: 3 Prozent, in Einzelfällen: 9 Prozent) sowie die Region Lateinamerika (häufig: 3 Prozent, in Einzelfällen: 11 Prozent) spielen als Herkunftsregionen für deutsche Unternehmen eine Rolle.

Importe digitaler Güter und Dienstleistungen gibt es auch aus Krisen- und Kriegsregionen: Mehr als jedes zehnte Unternehmen (häufig: 1 Prozent, in Einzelfällen: 12 Prozent) importiert aus der Ukraine,

fast ebenso viele (häufig: 2 Prozent, in Einzelfällen: 9 Prozent) bezieht digitale Technologien und Services aus Israel. Kein einziges der befragten Unternehmen gibt hingegen Russland als Handelspartner an. „In der digitalen Wirtschaft spielt Russland keine Rolle mehr, das Vertrauen in Russland ist nachhaltig zerstört“, so Bitkom-Präsident Wintergerst.

Digital-Exporte gehen vor allem in EU-Staaten

Ein Viertel der deutschen Unternehmen (25 Prozent) exportiert digitale Technologien bzw. Leistungen ins Ausland – zum überwiegenden Teil in die EU-Länder (92 Prozent), aber auch in die USA (60 Prozent), nach Japan (55 Prozent), Indien (48 Prozent), das Vereinigte Königreich (48 Prozent) sowie Taiwan (42 Prozent) und China (41 Prozent). Fast 4 von 10 Unternehmen (38 Prozent) exportieren digitale Güter und Services nach Israel und 9 Prozent in die Ukraine. Exporte nach Russland gibt es faktisch nicht. Welche Anwendungen stehen auf der Exportliste ganz oben? 19 Prozent verkaufen Software, fast ebenso viele (16 Prozent) digitale Dienstleistungen wie die Programmierung von Apps oder IT-Beratung. Etwas weniger sind es bei digitalen Geräten und Maschinen (12 Prozent), digitalen Bauteilen bzw. Hardware-Komponenten (11 Prozent), sowie Cybersicherheits-Anwendungen (8 Prozent) und Endgeräten (6 Prozent). 71 Prozent der deutschen Unternehmen verkaufen keinerlei digitale Technologien oder Services ins Ausland.

Diversifizierung, größere Lager, Risikomanagement – was Unternehmen tun

Die hohe Abhängigkeit bei Digitalimporten hat ein Großteil der Unternehmen bereits zu Gegenmaßnahmen veranlasst. 59 Prozent haben aus diesem Grund ihre Lieferanten diversifiziert. Ebenfalls 59 Prozent haben aufgrund politischer Entwicklungen Geschäftsbeziehungen in bestimmte Länder stark reduziert. 42 Prozent haben ihre Lagerbestände vergrößert. Fast jedes dritte Unternehmen (27 Prozent) hat ein spezielles Risiko-Management implementiert. Lediglich 13 Prozent geben an, keinerlei Maßnahmen getroffen zu haben. „Es ist ein ermutigendes Signal, dass die deutsche Wirtschaft sensibel und mit konkreten Maßnahmen auf die Abhängigkeiten bei Digital-Importen reagiert“, betont Bitkom-Präsident Wintergerst. „Die meisten Unternehmen haben die Zeichen der Zeit erkannt. Wichtig ist, dass die Politik diese Bemühungen wirksam flankiert, insbesondere durch innovations- und investitionsfördernde Rahmenbedingungen.“

Internationale Partnerschaften sind für die meisten Unternehmen mit beträchtlichen Risiken verbunden. Die Hälfte (50 Prozent) gibt an, faktisch keine Abwehrmöglichkeit zu haben, wenn sie von ausländischen Partnern oder Regierungen unter Druck gesetzt würden. 62 Prozent gehen hinsichtlich der Verlässlichkeit der Politik am Sitz ihrer Partner gezwungenermaßen Risiken ein. Für 59 Prozent gibt es zu bestehenden Abhängigkeiten von Geschäftspartnern im Ausland schlichtweg keine Alternative. Nahezu alle (94 Prozent) geben gleichzeitig an, dass Vertrauen in die Politik des Partnerlandes eine wichtige Rolle bei der Auswahl globaler Geschäftspartner spielt.

Hohes Vertrauen in die EU und Japan, geringes Vertrauen in China

Welchen Ländern vertraut die deutsche Wirtschaft – und welchen nicht? Spitzenreiter im Vertrauens-Ranking ist die EU. 97 Prozent der Unternehmen haben sehr großes bzw. eher großes Vertrauen in die anderen Mitgliedstaaten. 2 Prozent haben „eher geringes“ Vertrauen, keines der Unternehmen gibt an, gar kein Vertrauen in die EU-Länder zu haben. An zweiter Stelle folgt Japan, dem 73 Prozent der Unternehmen eher oder sehr großes Vertrauen entgegenbringen. Mit 60 Prozent und also deutlichem Abstand hinter Japan findet sich Großbritannien auf Rang 3. In die USA hat aktuell jedes zweite Unternehmen (51 Prozent) eher oder sehr großes Vertrauen, bereits 25 Prozent geben jedoch an, nur sehr geringes oder gar kein Vertrauen in die Vereinigten Staaten zu haben. Noch mehr Skepsis herrscht gegenüber China: Jedes vierte deutsche Unternehmen (26 Prozent) hat sehr oder eher großes Vertrauen, ebenso viele (26 Prozent) eher geringes Vertrauen. Fast die Hälfte (44 Prozent) der Unternehmen hat nur sehr geringes oder gar kein Vertrauen in China. Das Vertrauen der deutschen Wirtschaft in den Standort Russland ist praktisch an einem Nullpunkt angekommen. 97 Prozent der Unternehmen geben an, „gar kein Vertrauen“ in Russland zu haben, weitere 3 Prozent haben lediglich ein eher oder sehr geringes Vertrauen. Die Ukraine genießt bei 37 Prozent Vertrauen, Israel bei 40 Prozent. Wintergerst: „Die Unternehmen in Deutschland werden sich wohl noch stärker auf die Mitgliedsländer der EU, aber auch auf Japan oder das Vereinigte Königreich ausrichten.“

9 von 10 Unternehmen fordern eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit

Das Gesamt-Zeugnis für die digitale Souveränität Deutschlands fällt schlecht aus. Aktuell sehen 91 Prozent der Unternehmen Deutschland stark abhängig (36 Prozent) bzw. eher abhängig (55 Prozent) von digitalen Technologien und Leistungen aus dem Ausland. Nur eine Minderheit von 7 Prozent geht davon aus, dass sich diese Abhängigkeit in fünf Jahren verringert haben wird. Ein knappes Drittel (29 Prozent) rechnet mit einer Fortschreibung des Status-quo, 6 von 10 Unternehmen (60 Prozent) rechnen aber mit einer Zunahme der Abhängigkeit.

Von der neuen Bundesregierung fordern die deutschen Unternehmen deutlich stärkere Bemühungen als bislang, um den wachsenden Herausforderungen zu begegnen: Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft müsse massiv gesteigert werden, sagen 89 Prozent. 84 Prozent meinen, die neue Bundesregierung sollte die Stärkung der digitalen Souveränität ganz oben auf ihre Agenda setzen. Wintergerst: „Die Stärkung unserer digitalen Souveränität wird über unsere künftige Wettbewerbs- und Widerstandsfähigkeit und damit über unseren Wohlstand und unsere Sicherheit entscheiden. Unsere digitale Souveränität ist ausschlaggebend dafür, ob wir auf internationaler Ebene als starker Player wahrgenommen werden und geopolitisch handlungsfähig sind.“ Drei Dinge seien elementar: 1. Die richtigen strategischen Technologiepartner zu finden und zu binden. 2. Adäquate Antworten auf technologische Erpressungsversuche anderer Länder geben zu können. 3. Auf dem Weg in das digital souveräne Deutschland alle Menschen und Unternehmen mitzunehmen. Wichtig sei vor allem, dass Deutschland seine Fähigkeiten in digitalen Schlüsseltechnologien gezielt weiterentwickelt und in einigen kritischen Bereichen wie der Mikroelektronik, der IT- und Cyber-Sicherheit, der KI, dem Industrial Metaverse und dem Quantum Computing eine weltweite Technologieführerschaft erlangt. „Es geht nicht um technologische Autarkie, sondern um die Möglichkeit zu selbstbestimmten Entscheidungen in der digitalen Welt“, betont Wintergerst.

Kontakt

Nina Paulsen

Pressesprecherin

Telefon: +49 30 27576-168

E-Mail: n.paulsen@bitkom.org

[Download Pressefoto](#)

Janine Jahreiß

Leiterin Digitale Souveränität, Infrastruktur & Regulierung

[Download Pressefoto](#)

[Nachricht senden](#)

Hinweis zur Methodik

Grundlage der Angaben ist eine Umfrage, die [Bitkom Research](#) im Auftrag des Digitalverband Bitkom durchgeführt hat. Dabei wurden 603 Unternehmen ab 20 Beschäftigten in Deutschland telefonisch befragt. Die Befragung fand im Zeitraum von KW 46 bis KW 50 2024 statt. Die Umfrage ist repräsentativ.

Link zur Presseinformation auf der Webseite:

<https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Deutschlands-digitale-Abhaengigkeit-steigt>